

# DDR-Geschiedene hoffen auf Nachteilsausgleich

28.02.2014 - 09:48 Uhr

Erfurt. "Mütter ohne Wert" ist eine Neuerscheinung im Mitteldeutschen Verlag. Eine Buchlesung über Frauenschicksale findet am 9. März im Frauenzentrum statt.



Natürlich haben sie als Mütter einen Wert. Es fehlt jedoch der Gegenwert für sie. Foto: Marco Schmidt

Christina Seidel erzählt darin Frauen-Leben, in denen den Protagonistinnen nichts geschenkt wurde: im Alltagskampf um das Auskommen der Familie, die Erziehung der Kinder, in unglücklichen Partnerschaften. Was alle Geschichten über 140 Seiten eint: Es gab eine Scheidung nach DDR-Recht. Und heute, im Alter, leben die Frauen mit einer Armutsrente, obwohl sie ein Leben lang für andere da waren.

Eine Buchlesung mit der Autorin wird es dazu am Sonntag, dem 9. März, im Frauenzentrum in der Pergamentergasse geben

mit Erfurts Gleichstellungsbeauftragter [Birgit Adamek](#). Sie unterstützt seit Anbeginn die Initiativgruppe Erfurt des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen. Diese trifft sich seit 2008 jeden 2. Montag im Monat im Frauenzentrum. 50 Frauen, die ihr Schicksal vor Jahren auf die politische Ebene hoben.

Sie schreiben an Abgeordnete, legen ihr Anliegen dar, helfen beim Aufbau anderer Gruppen, nehmen an Demonstrationen teil. Und sie haben viele Betroffene registriert. "Uns geht es nicht ums Jammern, sondern Gleichstellung in Ost und West. Wenigstens einen Nachteilsausgleich wollen wir erkämpfen", sagt Marlis Hußke.

Frauen im Westen bekommen seit 1977 einen Versorgungsausgleich, Frauen hierzulande (Scheidungen nach DDR-Recht gab es bis 1991) stehen finanziell allein. 25 Jahre sind seit der Wende ins Land gegangen. Die in der DDR geschiedenen Frauen sagen: Wir gehören zu den Verlierern der Wiedervereinigung. Zur Wende waren es 800.000, inzwischen sind es nur noch die Hälfte, zumeist hoch betagt. Viele haben weit unter 600 Euro Rente, müssen regelmäßig Anträge für Wohngeld und Grundsicherung stellen, sich dafür bloßstellen.

Gemeinsam haben sie den Kampf aufgenommen. Zum Jahresende überreichten auch die Erfurter Frauen Petitionen mit Tausenden Unterschriften an den Thüringer Landtag. Der Freistaat Thüringen soll im Bundesrat einen Gesetzentwurf zum Nachteilsausgleich einbringen. "Unser Verein steht im letzten Drittel der Verhandlungen mit dem CEDAW-Ausschuss der UN", sagt Marion Hußke. Oder kommt die neue Bundesregierung mit ihren Rentenplänen einer UN-Untersuchung zuvor?

2014 wird entscheidend sein.

Iris Pelny / 28.02.14 / TA